

Medieninformation

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IGFM - Deutsche Sektion e.V.
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main
Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33
eMail: presse@igfm.de , www.menschenrechte.de
Sperrfrist: Donnerstag, 25.10.2007, 12.30 Uhr

Arabische Republik Ägypten

IGFM: Ausgerechnet der ägyptische Religionsminister als Friedensredner?

Prof. Zakzouk rechtfertigte mehrfach die Todesstrafe für bekennende Apostaten weil sie angeblich öffentliche Unruhe stiften

Frankfurt / Osnabrück / Kairo (24. Oktober 2007) – „**Der lange Arm derjenigen, die die Todesstrafe für bekennende Konvertiten propagieren, die den Islam verlassen, reicht bis in die Regierung Mubarak**“ erklärte heute Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). **Bekanntester Vertreter dieser dogmatischen Haltung ist der Religionsminister Prof. Zakzouk, der gleichzeitig Präsident des Rates für religiöse Angelegenheiten der Arabischen Republik Ägypten ist. Mehrfach hat Zakzouk, der am heutigen Donnerstag die Friedensrede in Osnabrück hält, hervorgehoben, dass das öffentliche Bekenntnis eines Apostaten für Jesus Christus die öffentliche Ordnung verletzt und mit der Todesstrafe bestraft werden soll.**

Nach Berichten der IGFM haben in Ägypten darüber hinaus namhafte Religionswissenschaftler der Al-Azhar Universität den Tod für Apostaten gefordert, also für Personen, die keine Muslime mehr sein möchten. Selbst der ägyptische Minister für Religiöse Angelegenheiten rechtfertigte die Hinrichtung von Abgefallenen als legitime Verfolgung von „Hochverrat“. Die IGFM fordert, totalitäres Gedankengut nicht unter den Teppich eines „Scheidialoges“ zu kehren.

In einem Taschenbuch, das der Ministers im Jahr 2004 unter dem Titel „Fragen zum Thema Islam“ veröffentlichte, heißt es zu vom Islam Abgefallenen wörtlich: „Jeder, der sich so verhält, wird der Bestrafung unterworfen. Er kann sogar des Hochverrats angeklagt werden, der mit dem Tod bestraft wird, nicht weil er seinen Glauben abgelegt hat, sondern weil er durch seine Gedanken Verwirrung im Staat verbreitet und gegen seine Ordnung verstoßen hat.“ Die Forderung nach dem Tod von Apostaten wiederholte Zakzouk 2006 in einem von seinem Ministerium herausgegebenen Buch über "Die Verschwörung der Apostasie".

Der heimliche Abfall vom Islam solle nach Ansicht des Ministers nicht bestraft werden, nur der, der öffentlich bekannt würde. „Diese scheinbare Liberalität verschleierte, dass eine ‚Freiheit‘, die nur versteckt und verheimlicht im Privaten ausgeübt wird eben keine Freiheit ist. Die Rechtfertigung der Todesstrafe für öffentliche Religionsfreiheit ist ein Rückfall vor die Aufklärung.“ unterstrich der Vorstandssprecher der IGFM.

Todesdrohungen gegen Konvertiten

In Ägypten ist in der jüngsten Vergangenheit in Zeitungen und im Fernsehen der Tod von Apostaten gefordert worden. Religionswissenschaftler der als „moderat“ geltenden größten ägyptischen Universität, der Al-Azhar, forderten öffentlich und vehement den Tod von Abgefallenen. Dazu gehören die ehemalige Dekanin der Hochschule für Frauen der Al-Azhar, Souad Saleh, Scheich Youssuf al-Badri und der Imam der Moschee ar-Rahman, Scheich Gad al-Mawli Ibrahim. In der Vergangenheit sind Ägypter, die zum Christentum übergetreten sind, wiederholt Opfer staatlicher Willkür wie Verhaftungen und Misshandlungen geworden.

Ausgrenzung und Übergriffe auf Kopten

Auch die traditionellen christlichen Kirchen und ihre Mitglieder werden in Ägypten marginalisiert. Die Kopten, die sich selbst als Nachfahren der Ägypter vor der arabischen Eroberung sehen, sind, bis auf wenige Ausnahmen, gesellschaftlich an den Rand gedrängt. Viele von ihnen fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Im öffentlichen Dienst – und nicht nur dort – sind sie regelmäßig Opfer von Diskriminierung und Schikanen. Mehrfach ist es in Ägypten zu schweren gewalttätigen zum teil Pogrom-artigen Übergriffen gegen die christliche Minderheit gekommen.

Einladung zur Pressekonferenz

Die IGFM veranstaltet am 25. Oktober um 11.00 Uhr in Osnabrück eine Pressekonferenz „Menschenrechten und Religionsfreiheit in Ägypten“ anlässlich des Besuches der ägyptischen Religionsministers beim Osnabrücker Friedenstag. Auf Wunsch schicken wir Ihnen gerne eine Einladung zu unserer Pressekonferenz zu.

Mehr Informationen unter
www.menschenrechte.de